



**„Think Tanks, Netzwerke und der
Gedanke der Freiheit – Einfluss und
Zukunft liberaler Institutionen“**

Berlin, 22.11.2005



Statements:

Think Tanks, Netzwerke und der Gedanke der Freiheit – Einfluss und Zukunft liberaler Institutionen

- Deutliche kommunikative Kopplung öffentlicher Leistungen, insbesondere auf dem Gebiet der so genannten sozialen Sicherung, an die Kosten, die sie verursachen
- Verbreitung des fundamentalen Verständnisses, dass jede Staatsausgabe ein Verzicht auf persönlich verfügbares Einkommen ist
- Unmittelbare Einbindung der Bürger in den politischen Willensbildungsprozess durch mehr direkte Demokratie und so mehr demokratische Kontrolle staatlichen Handelns auch während einer Legislaturperiode etablieren
- Bei der Darstellung politischer Reformen, die außerhalb etablierter Denkmuster liegen, Einsatz eines empathischen Kommunikationsansatzes, der an vorhandene Werte und Einstellungen anknüpft
- Im politischen Kommunikationsprozess: gezielte Ansprache Einzelner (Multiplikatoren) sowie Nutzung formeller und informeller Netzwerke wie persönliche Kontakte in Wissenschaft, Politik und Publizistik

Think Tanks, Netzwerke und der Gedanke der Freiheit – Einfluss und Zukunft liberaler Institutionen

Der Wert der Freiheit wird in Deutschland in Politik und Öffentlichkeit ambivalent gesehen. Obwohl die Vorteile individueller Entfaltungsmöglichkeiten auch hierzulande gerne betont werden, stehen die vermeintlichen Risiken einer liberalen Ordnung – soziale Kälte und mangelnde Solidarität – im Vordergrund des politischen Diskurses.

Wie kommt es zu dieser vornehmlich negativen Haltung der Freiheit gegenüber? Haben Argumente aus liberaler und freiheitlicher Tradition überhaupt eine Chance in einer ängstlichen Welt? Sind Think Tanks und politische Netzwerke geeignete Institutionen, um dem freiheitlichen Denken eine deutlich vernehmbare Stimme zu verleihen?

Zunächst offenbaren sich im internationalen Vergleich, zum Beispiel zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, zum Teil deutliche Unterschiede sowohl im Menschenbild als auch im Verständnis und in der Wertschätzung der Freiheit.

In den Vereinigten Staaten wird in der puritanischen Tradition seiner Gründervater das Individuum nicht als passiv, sondern als aktiver Gestalter der eigenen Lebensumstände gesehen, der geradezu die Pflicht hat, „das Leben selbst in die Hand zu nehmen“ und „die Freiheit nach eigenen Kräften zu nutzen und im Sinne der protestantischen Ethik daraus einen Erfolg zu machen“. (Petersen/Mayer 2005, 20)

Hingegen zeigen sich beispielsweise Deutschland, aber auch Frankreich als Länder mit einer starken etatistischen Tradition. Hierzu passt das Bild eines passiven Menschen, der machtlos den widrigen Lebensumständen ausgeliefert ist. Wenn aber der Mensch hilflos seinen widrigen Lebensumständen ausgeliefert ist, welche Rolle kann dort die Freiheit des Individuums spielen? Hier ist es Aufgabe des Staates paternalistisch einzugreifen, und dem hilflosen Individuum zu einem besseren Leben zu verhelfen. (Petersen/Mayer 2005, 19–21)

In diesem Kontext weist Prof. Gerd Habermann darauf hin, dass in der etatistischen Tradition große Teile der bundesrepublikanischen Bevölkerung zu der im Kern paradoxen Reaktion neigen, dass in Krisensituationen, selbst wenn der Staat sie verursacht hat, der Bürger nach dem Staat ruft.

Ist aber die hohe Staatsquote eventuell direkte Folge der vorhandenen Risikoaversion der Bürger und somit als Ausdruck ihrer Präferenzen zu akzeptieren? – Die Risikoaversion der Bürger ist in der Tat Ausdruck seiner Präferenzen. Dies bedingt jedoch nicht, dass diese natürliche Risikoaversion zwingend in dem Wunsch nach einem mächtigen Staat und somit einer hohen Staatsquote mündet. Dass dies dennoch, zumindest in Deutschland, oftmals der Fall ist, liegt daran, dass in der Wahrnehmung der Bürger öffentliche Leistungen, insbesondere auf dem Gebiet der so genannten sozialen Sicherung, oft vollständig von den Kosten, die sie verursachen entkoppelt sind. So mangelt es häufig an dem fundamentalen Verständnis, dass jede Staatsausgabe ein Verzicht auf persönlich verfügbares Einkommen und persönliche Ausgaben ist! Sieht man vor diesem Hintergrund privates Eigentum und Unabhängigkeit als geeignetes Sicherheitsprogramm zur Abwehr individueller Risiken, so offenbart sich die expansive Ausgaben- und Aufgabenentwicklung des Staates als angststiftende Bedrohung, der Staats die Möglichkeiten individuellen Vermögensaufbau reduziert, so Prof. Gerd Habermann.

Bestehende Informationsmängel und hohe Staatsquoten sind hierbei nicht zuletzt eine Folge der repräsentativen Demokratie: nach dem Diktum der Neuen Politischen Ökonomie (NPÖ) verfolgen auch Politiker realiter Eigeninteressen und streben nach Wahlerfolg, um somit ihre Macht und ihr Einkommen zu erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, greifen Politiker nur allzu häufig zum Instrument der Massenbestechung mit Hilfe öffentlicher Budgets und weisen den Bürgern einen Platz der relativen Uninformiertheit zu, den diese nur allzu gerne einnehmen.

Hat sich in etatistischer Tradition die Denkweise des paternalistischen Staates erst einmal in einer Gesellschaft etabliert, so kann ein Verweilen der Wahlbevölkerung in einer Situation relativer Uninformiertheit durchaus erwünscht und somit faktisch freiwillig gewählt sein – wiederum im Diktum der NPÖ ein Fall „rationaler Ignoranz“. Das Beispiel der Schweiz zeigt hingegen, dass mehr direkte Demokratie zu mehr demokratischer Kontrolle auch während einer Legislaturperiode und somit zu mehr Maßhalten und Pragmatismus der Politiker führen kann. Befürchtungen in Richtung uninformatierter und emotional entscheidender Bürger konnten hingegen am Beispiel der Schweiz nicht bestätigt werden. Ganz im Gegenteil: mehr

direkte Demokratie führt auch zu besser informierten Bürgern. Darüber hinaus konnten Frey und Stutzer in einer empirischen Studie nachweisen, dass in entwickelten Volkswirtschaften direktdemokratische Elemente einen kräftigen positiven Einfluss auf das Wohlbefinden der Bevölkerung besitzen, da die Bürger unmittelbarer in den politischen Willensbildungsprozess eingebunden sind. (Frey/Stutzer 2002, 133–151)

Die weitgehende Entkoppelung der öffentlichen Leistungen von der durch sie bedingte Minderung des Nettoeinkommens für jeden einzelnen Bürger in der Wahrnehmung weiter Teile der Bevölkerung stellt auch eine besondere Herausforderung für die politische Kommunikation dar. Eine Aufgabe ist hier die plastische Darstellung der Kosten und Nutzen staatlichen Handels für jeden Bürger. Jedoch sind Informationsmängel und Denkweisen oftmals systemisch verfestigt und werden innerhalb institutioneller Rahmen reproduziert. So stellt dieser Rahmen oft auch die faktische Grenze der Kommunizierbarkeit komplexer Zusammenhänge und ungewohnter Denkweisen dar.

Neben dem Bild eines charismatischen Kommunikators, der die Rezipienten durch die Darstellung einer utopischen Idee, die außerhalb der etablierten Denkmuster liegt, von der Notwendigkeit eines Mentalitätswechsels überzeugt und dem Kommunikator selbst einiges an Nervenstärke abverlangt, erscheint in diesem Zusammenhang ein empathischer Kommunikationsansatz als besonders fruchtbar. Da Bürger zumeist nach Konsistenz im eigenen Handeln und Denken und nach Konformität in Bezug auf ihr soziales Umfeld streben, zeigen sich Akteure insbesondere einer Veränderung der eigenen politischen Präferenzen aufgeschlossen, wenn an bereits vorhandene Werte und Einstellungen appelliert wird. (Siehe Hayek–Statements vom 05.04.2004)

Sind die Ressourcen, die für die Kommunikation eingesetzt werden können, begrenzt, so macht es unter Umständen keinen Sinn, flächendeckend Kommunikation zu betreiben. Hier kann die gezielte Ansprache Einzelner (Multiplikatoren) die entscheidende Wirkung entfalten. Bei der zunehmenden Verbreitung liberaler Politikansätze spielen Think Tanks und Netzwerke eine entscheidende Rolle.

Eine herausragende Rolle als liberaler Think Tank in Deutschland nimmt die Stiftung Marktwirtschaft – Frankfurter Institut ein. Die Stiftung Marktwirtschaft zeigt vor dem

Hintergrund der eklatanten wirtschaftlichen Lage Deutschlands konkrete marktwirtschaftliche Lösungskonzepte auf und wirbt in Politik und Öffentlichkeit für mehr Wettbewerb und Transparenz sowie für mehr Bereitschaft zur Eigenverantwortung und Mut zur Freiheit. Hierzu nutzt die Stiftung Marktwirtschaft wissenschaftlich fundierte Publikationen, themenbezogene Veranstaltungen und Gespräche mit Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft als Kommunikationskanäle.

Die im Mai 1998 von deutschsprachigen Wissenschaftlern, Unternehmern und Publizisten gegründete Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft e.V. ist eine Vereinigung zur Förderung und Verbreitung von Ideen im Sinne Friedrich August von Hayeks. Die Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft wirkt über die Förderung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten und sonstiger Publikationen, die das Werk Friedrich August von Hayeks aufgreifen. Des Weiteren verleiht die Hayek-Gesellschaft die Hayek-Medaille für wissenschaftliche Arbeiten oder politische und sonstige Initiativen im Sinne von Hayeks oder an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich um die Umsetzung der freiheitlichen Ideen Friedrich August von Hayeks verdient gemacht haben. Weiterer zentraler Punkt der Arbeit der Hayek-Gesellschaft ist die Vernetzung von Nachwuchswissenschaftlern, Publizisten und Politikern und das interdisziplinäre Gespräch unter ihnen. Neben der Hayek-Tagung erfolge dies insbesondere durch die Juniorenkreise Wissenschaft, Politik und Publizistik der Hayek-Gesellschaft.

Das Unternehmerinstitut der ASU e.V. (UNI) wurde 1993 gegründet und ist der Think Tank der Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Unternehmer, e.V. (ASU). Das Unternehmerinstitut, welches von einem Beirat von Unternehmern, Wissenschaftlern und Publizisten unterstützt wird, erstellt ordnungspolitische Positionen sowie diverse Serviceleistungen für die Mitglieder der ASU. Es arbeitet mit vielen anderen freiheitlichen Think Tanks zusammen und kooperiert mit dem Economic Forum Deutschland.

Einen entscheidende internationale, intellektuelle Vernetzung erfahren viele neoliberale Think Tanks über die 1947 von Friedrich August von Hayek und anderen gegründeten Mont Pèlerin Society (MPS). Bei der Genese des neoliberalen Gedankens galt es, sich einerseits gegen Kollektivismus und Staatsinterventionismus zu wenden und andererseits den Laissez-faire-Ansatz des Liberalismus klassische Prägung hinter sich zu lassen. Heutzutage sind

zahlreiche Mitglieder der MPS zugleich Gründer oder Mitarbeiter marktorientierter Think Tanks auf nationaler Ebene. So stellt Dieter Plehwe in einer Untersuchung 2005 fest, dass „die Zahl bis heute auf weltweit mehr als 100 Think Tanks, an deren Arbeit MPS-Mitglieder in führenden Positionen beteiligt sind“, stieg. „Knapp 150 Mitglieder der bis heute insgesamt 1000 Mitglieder umfassenden Organisation sind oder waren bei einem Think Tank beschäftigt.“ (Plehwe 2005, 27)

Ein weiteres neoliberales Netzwerk stellt auf europäischer Ebene das Stockholm Network dar. Neben Verbindungen über formelle Netzwerke spielen jedoch Verbindungen über informelle Netzwerke und persönliche Kontakte in Wissenschaft, Politik und Publizistik eine mindestens ebenso große Rolle.

Bruno S. Frey/Alois Stutzer (2002), *happiness & economics – how the economy and institutions affect human well-being*. Princeton, Oxford: Princeton University Press.

Thomas Petersen/Tilman Mayer (2005), *Der Wert der Freiheit – Deutschland vor einem neuen Wertewandel?* Freiburg, Basel, Wien: Herder

Dieter Plehwe (2005), *Quellen des Neoliberalismus – Die Mont Pèlerin Society und die internationalen Think Tank-Netzwerke*. In: *WZB-Mitteilungen*, Heft 110, Dezember 2005, 25–27.

Berlin, 22. November 2005